



Gemeinsam Zukunft gestalten.

Regierungsprogramm 2007 – 2011

Beschluss des Landesparteitages, 17. Februar 2007

Gemeinsam Zukunft gestalten.

Regierungsprogramm 2007 – 2011

I. Bremen: Stark. Gerecht. Lebenswert.

Metropole im Nordwesten	4
Kraftvolle Wirtschaft	4
Kreative Menschen	4
Urbane Lebensqualität	4
Bürgernahe Entscheidungen	5
Schöpferische Identität	5
Werte, die uns leiten	5
Internationalität – Europa	5

II. Streiten für Bremens Zukunft

Unsere Herausforderungen:	6
Selbständigkeit heißt Selbstbestimmung: Bremen als Stimme der Städte	8
Finanzkraft und Entschuldung	8
Erfolgreiche Vernetzung mit den Nachbarn	9
Innovations- und Modellregion: Laborfunktion des Bundesstaates.....	9
Unsere Leistungen für Deutschland.....	10

III. Arbeiten in Bremen und Bremerhaven

Hochwertige Ausbildung und attraktive Arbeitsplätze	10
Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.....	11
Dynamischer Wirtschaft- und Technologiestandort	11
Energiewirtschaftlicher Strukturwandel und Klimaschutz.....	13
Handwerk stärken	14
Wachstumsmotor Häfen und Logistik sowie neue, zukunftsfähige Branchen	14
Exzellente Forschung und Wissenschaft – Wissenschafts-, Transfer- und Innovationspolitik	15
Umweltgerechte Mobilität und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur	16
Lokale Arbeitsmarktpolitik	16

IV. Leben in unseren sozialen Städten

Familie und Kinder stehen im Mittelpunkt einer fortschrittlichen Politik	17
Gerechtere Bildungs- und Entwicklungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft.....	17
Zukunft durch Wissen und lebenslanges Lernen.....	20
Gerechtigkeit und Teilhabe	20
Menschen im Alter	21
Junge, lebendige Städte	21
Lebenspartnerschaften – selbstbestimmte, gleichberechtigte Vielfalt	22
Menschen mit Behinderungen.....	22
Gleichstellung der Geschlechter	22

V. Stabile, aktive Stadtgesellschaften weiterentwickeln

Soziale Stadtentwicklung	23
Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Demokratie.....	23
Anspruchsvolle Kultur und Vielfalt der Medien	24
Sport tut gut.....	25
Nachhaltiges Umwelt-Engagement	25
Den Wandel in der Gesundheitspolitik gestalten.....	27
Krankheit vermeiden – Gesundheit fördern	27
Sicherheit und Prävention	27
Integration und Zusammenleben	29

VI. Bremen und Bremerhaven – vorwärts, nicht zurück

Sozialdemokratische Arbeit für das Land – Politik ist unser Werkzeug.....	29
Verantwortung für den Zwei-Städte-Staat.....	30
Voller Einsatz für Bremen und Bremerhaven: Bürgermeister Jens Böhrnsen	30

I. Bremen: Stark. Gerecht. Lebenswert.

Metropole im Nordwesten

Bremen und Bremerhaven sind als regionale Oberzentren mit einer Ausstrahlung weit über die engen Landesgrenzen hinaus von besonderer Bedeutung für den Nordwesten Deutschlands. Urbanität, Vielfalt und Lebendigkeit sind ein Markenzeichen des Stadtstaates. Unsere beiden Städte bieten ein attraktives Angebot auf den Feldern der Industrie, der Wissenschaft und der Forschung, in der Gesundheitsversorgung, im Einzelhandel und Nahverkehr, im Bereich von Kunst und Kultur. Als wirtschaftliche Zentren sichern sie Beschäftigung auch für das weite Umland: Fast 150.000 Pendler aus Niedersachsen arbeiten im Lande Bremen.

Kraftvolle Wirtschaft

Bremen ist ein wirtschaftlich leistungsfähiges, produktives Land. Der Erfolg des eingeleiteten Strukturwandels zeigt sich heute in vielen Bereichen. Doch auch weiterhin sind wir einer der bedeutendsten Standorte industrieller Fertigung in Europa. Bei allem notwendigen Strukturwandel werden wir auf diese Unternehmen und auf die dort beschäftigten Menschen setzen. Insbesondere in den Bereichen des Automobilbaus, der Elektronik, der Luft- und Raumfahrt, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Stahlproduktion sowie der Logistik liegen wir im bundesweiten Vergleich vorn. Das gilt auch für die maritime Wirtschaft. Unsere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der privaten Wirtschaft sind leistungsfähig und genießen auch international einen exzellenten Ruf. Die bremischen Häfen boomen. Mit dem Bau des Containerterminals CT IV in Bremerhaven sind die Weichen für das künftige Wachstum gestellt. Durch gezielte Investitionen konnte die Verkehrsinfrastruktur deutlich verbessert werden. Aktuelles Beispiel ist der Ausbau der A 281, der den Bremer Autobahnring zwischen den vorhandenen Bundesautobahnen A 27 und A 1 schließt. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt Bremen im bundesweiten Vergleich mit an der Spitze aller Bundesländer.

Kreative Menschen

Ideenreichtum und Innovationsgeist gehören zu den Stärken Bremens und Bremerhavens. Sie sind in vielen unterschiedlichen Bereichen im Lande zu finden, sei es in der Wirtschaft oder in der lebendigen Kulturszene. Kreative Ideen sind Grundlage für Existenzgründungen, schaffen Arbeitsplätze und bringen Politik und Bürgergesellschaft voran. Wir wollen Kreativität insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur fördern. Grundlage ist zum einen ein leistungsfähiges Schul- und Bildungssystem, das von dem Leitbild des lebenslangen Lernens ausgeht. Kreativität braucht zum anderen ein lebendiges und anregendes kulturelles Leben und einen gleichberechtigten Zugang zu Know-how und Bildung für alle Bevölkerungsteile und Altersgruppen. Die enge Vernetzung von Wissenschaft und Forschung mit Wirtschaft, Politik und Bürgergesellschaft schafft Impulse für einen kreativen Umgang mit Gestaltungsspielräumen in unserer Gesellschaft.

Urbane Lebensqualität

Bremen und Bremerhaven zeichnen sich durch eine hohe Wohn- und Lebensqualität aus. Image prägend für unsere Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte sind das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen, die gute soziale Infrastruktur und die vielfältigen Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote. Die gut erreichbaren Naherholungsgebiete und das grüne Gesicht sind wichtige Qualitäten unserer beiden Städte. Unser Land wächst, unsere Einwohnerzahlen steigen, auch wenn wir den Bevölkerungsrückgang in Bremerhaven noch nicht ganz gestoppt haben. Wir werden auch zukünftig al-

les tun, um Einwohner zu halten und neue zu gewinnen – durch attraktive Wohnquartiere sowie ein differenziertes und bedarfsorientiertes Wohnungsangebot.

Bürgernahe Entscheidungen

Unser Land ist ein Land der kurzen Wege zu Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse der Stadtteile, den beiden Städten und im Land schafft eine starke Identität mit den gefundenen Lösungen. Junge Menschen brauchen verbesserte politische Beteiligungsangebote: Dies bezieht sich nicht nur auf die Senkung des Wahlalters, sondern auch auf die tatsächliche Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse.

Schöpferische Identität

In Bremen und Bremerhaven ist zu spüren, wie sehr sich die Menschen unterschiedlichster Herkunft mit ihrer jeweiligen Stadt verbunden fühlen, wie freundlich, offen, schöpferisch und gerne sie hier leben und arbeiten. Und deshalb sind wir überzeugt: Unser kleines Bundesland wird die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, meistern. Das Land Bremen ist ein attraktiver Kulturstandort mit Identifikation stiftender Kraft.

Werte, die uns leiten

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, das sind die Grundwerte, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leiten. Wir setzen und dafür ein, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation die Möglichkeit besitzen, an den Voraussetzungen und Mitteln eines selbstbestimmten und selbst verantworteten Lebens teilzuhaben. Gerechte Teilhabe bedeutet zuallererst Chancengleichheit: Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und gesellschaftlichem Wohlstand. Aus der Geschichte wissen wir: Übersteigerter Nationalismus und politischer Rechtsradikalismus stehen unseren Werten fundamental entgegen.

Bei allen politischen Entscheidungen wird das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit angewandt.

Internationalität - Europa

Als Hafenstädte sind Bremen und Bremerhaven traditionell liberal und weltoffen. Die zahlreichen Partnerschaften mit Städten in aller Welt sind ein Zeugnis für diese Offenheit und die internationale Verbundenheit. Als Seehafen profitiert Bremen vom wachsenden internationalen Handel und insbesondere vom europäischen Binnenmarkt. Um unsere Hafenstandorte weiter zu stärken, müssen Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene ausgebaut werden.

Das Land Bremen wird den Prozess der europäischen Integration vorantreiben und gleichzeitig seine regionalen Interessen auch in Brüssel vertreten. Bremen wird sich auch zukünftig im Rahmen seiner Möglichkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren.

Wir arbeiten an einem neuen und integrativen entwicklungspolitischen Ansatz von Krisenprävention und Friedensentwicklung, der sich der Umsetzung der internationalen Strategie zur Armutsbekämpfung und dem Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung verpflichtet weiß, wie sie in den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen formuliert sind.

II. Streiten für Bremens Zukunft

Das Land Bremen befindet sich trotz aller Anstrengungen und der Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage. Es gilt festzuhalten, dass die Ursache für diese Situation nicht mangelnde Eigenanstrengungen sind. Bremen hat alle Auflagen des Bundes bei der Durchführung des Sanierungsprogramms erfüllt. Die finanzielle Stabilisierung ist vielmehr deshalb nicht gelungen, weil sich die Einnahmen sehr viel schlechter entwickelt haben als entsprechende Prognosen zu Beginn und während des Sanierungsprozesses erwarten ließen. Um die zukünftigen Landeshaushalte nachhaltig zu sanieren und die staatliche Selbstständigkeit des Landes Bremen auf lange Sicht zu sichern, ist eine neue Kraftanstrengung erforderlich.

Unsere Herausforderungen:

- **Mentalitätswechsel**

Trotz aller Widrigkeiten ist es Bremen gelungen, durch nachhaltige Anstrengungen den Anschluss an die Entwicklung der anderen Bundesländer zu erreichen. Bremen hat sich in den letzten Jahren in der Spitzengruppe der wachstumsstarken Länder etabliert. Das erreichte Niveau muss jetzt stabilisiert werden. Dies erfordert auch einen Mentalitätswechsel. Wir haben unsere investive Sanierungsstrategie überdacht und angepasst. Wir werden zukünftig deutlich weniger investieren können. Daher müssen wir klare Schwerpunkte setzen. Wir müssen uns am Machbaren und nicht am Wünschenswerten orientieren. Das Land wird auch weiterhin investieren, um seine Wirtschaftskraft zu steigern und um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen. Aber wir müssen unsere Ausgaben konzentrieren.

- **Eigenanstrengung - Bescheidenheit - Sanierungspolitik**

Voraussetzungen für die Gewährung von Hilfen des Bundes und der Länder ist, dass Bremen und Bremerhaven auch künftig alle zumutbaren Eigenanstrengungen erbringen. Wir werden deshalb unsere Eigenanstrengungen fortsetzen, um die Grundlage für weitere Hilfen zu schaffen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu in seinem Urteil vom 19. Oktober 2006 strengere Anforderungen als bisher aufgestellt. Das Land Bremen muss daher seine Bemühungen zur Konsolidierung des Haushaltes noch verstärken, um auf mittlere Sicht wieder finanziell handlungsfähig zu werden. Die SPD stellt sich diesen Anforderungen an die Regierungspolitik der kommenden Jahre.

Aber wir wissen auch, dass in vielen Bereichen die Grenzen dessen erreicht sind, was verantwortbar ist. In Bereichen wie der Förderung und Betreuung von Kindern und dem Bildungssektor müssen wir angesichts des Handlungsdrucks neue – auch finanzielle – Schwerpunkte setzen. Daher ist es notwendig, zugunsten dieser Aufgaben in allen Bereichen nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu suchen.

Künftig werden wir uns angesichts der finanzpolitischen Gegebenheiten nur noch wenige ausgewählte neue Investitionsvorhaben leisten können. Aus sozialdemokratischer Sicht sind in erster Linie solche Investitionen notwendig, die dazu beitragen, die Infrastruktur im Lande zu erhalten (Vermögenssicherung), die im Rahmen unserer Wirtschaft- und Wissenschaftspolitik regionalwirtschaftliche Effekte hervorrufen und der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Bremen nachhaltig dienen und damit gezielt Arbeitsplätze sichern und neue schaffen sowie die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven weiter verbessern (Einwohnergewinnung).

- **Moderner Staat - leistungsfähige Verwaltung**

Wir wollen die Menschen aktivieren, wir wollen die Menschen ermutigen und befähigen, sich selbst für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einzusetzen. Gleichwohl wissen wir, dass nicht alle Menschen die gleichen Chancen auf Teilhabe besitzen. Schon deshalb brauchen wir staatliche Dienstleistungen, die Chancengleichheit und gleichwertige Lebensbedingungen gewährleisten. Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Ein funktionierender Sozialstaat stellt daher eine entscheidende Grundlage unserer Stadtgesellschaft dar. Wir werden uns auch für eine Verbesserung der Einnahmesituation von Staat und Kommunen einsetzen.

Gesundheit, Wohnen, öffentlicher Nahverkehr sowie Bildung, Kultur und öffentliche Sicherheit sind wichtige Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht in erster Linie den Marktgesetzen unterworfen werden, sondern müssen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen werden. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die GEWOBA in mehrheitlichem öffentlichem Eigentum bleibt, statt sie den „Heuschrecken“ zu überlassen. Und wir werden weiter entschieden den Verkauf der GEWOBA verhindern, auch weil ein Verkauf für das Land mittel- und langfristige erheblichen finanziellen Belastungen durch Folgekosten an anderer Stelle führen würde. Die BSAG wollen wir in öffentlicher Hand halten und unsere kommunalen Kliniken nicht veräußern. Darüber hinaus muss die öffentliche Kontrolle von privatisierten Bereichen des Öffentlichen Dienstes sichergestellt werden. Dabei ist auch eine Wiedereingliederung in Betracht zu ziehen, wenn sie ihre Effizienz nicht beweisen.

Wir wollen die öffentlichen Dienstleistungen noch effizienter und bürgerfreundlicher gestalten. Dazu müssen bürokratische Abläufe weiter vereinfacht werden. Unsere Verwaltung soll bürgerfreundlich und kostengünstig zugleich sein und ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte auf der Grundlage klarer Vorgaben und Verträge und mit durchschaubaren Strukturen erbringen. Dazu gehören Wirtschaftsförderung aus einer Hand, sowie Bürgerservicecenter mit benutzerfreundlichen Öffnungszeiten und ein mobiler Bürgerservice vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, dass die bundesweit führende Rolle Bremens bei den öffentlichen Internet-Dienstleistungen (Electronic Government) weiter ausgebaut wird. Bis zum Jahre 2010 sollen alle hierfür geeigneten Dienstleistungen der Verwaltung auch in elektronischer Form in Anspruch genommen werden können.

Nehmen wir den Anspruch einer angemessenen Aufgabenerledigung und einer servicefreundlichen Verwaltung ernst, stoßen wir beim Personalabbau an Grenzen. Pauschale Kürzungen nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ lehnen wir ab. Um den öffentlichen Dienst effizienter zu machen, brauchen wir das Know-how und die Motivation der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. Deshalb ist es ärgerlich, wenn die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zuweilen als Hemmnis für eine Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes gewertet wird. Das Gegenteil ist richtig: Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung stellen eine wesentliche Voraussetzung für Veränderungsprozesse und Innovationen dar. Deshalb setzen wir uns nach wie vor für den Erhalt des Personalvertretungsgesetzes mit seinen umfassenden Mitbestimmungsrechten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Und wir schließen betriebsbedingte Kündigungen auch in Zukunft aus.

Selbständigkeit heißt Selbstbestimmung: Bremen als Stimme der Städte

Bremens Selbständigkeit bedeutet Gestaltungsmöglichkeit und Selbstverantwortung ohne die Abhängigkeit von den Entscheidungen einer fernen Landesregierung. Es ist ein Unterschied, ob ein in Bremen und Bremerhaven gewähltes Landesparlament, der Senat und der Bürgermeister als Ministerpräsident über die Geschicke des Landes entscheiden oder ob über Bremens Zukunft fernab durch eine Ministerialbürokratie entschieden wird. Es ist Stärke und Chance eines Stadtstaates, eigene Gestaltungskraft und Entscheidungskompetenz mit Bürgernähe und Transparenz verknüpfen zu können. Bremen hat diese Möglichkeit in der Vergangenheit immer wieder nutzen können – im Interesse des Landes, im Interesse des Wirtschaftsstandortes, im Sinne des Gemeinwohls. Wir Sozialdemokraten treten daher ohne Wenn und Aber für die Selbständigkeit unseres Zwei-Städte-Staates ein und werden sie mit allem Nachdruck verteidigen.

Das föderale System der Bundesrepublik lebt von der Vielfalt, von dem Miteinander von kleinen und großen Ländern. Es ist kein Zufall, dass sich gerade der Präsident des Deutschen Städtetages vehement für die Selbständigkeit Bremens ausspricht. Die Freie Hansestadt Bremen gibt den Kommunen im Bundesrat eine Stimme und tritt als ihr Sprachrohr auf. Als Stadtstaat haben wir die Möglichkeit, eigene Belange im Bundesrat und in Verhandlungen auf Bundesebene zu vertreten. Bremen hat dies in der Vergangenheit genutzt, um sich auch für die nachhaltige Unterstützung der Belange der Städte in Deutschland insgesamt einzusetzen und es wird dies auch zukünftig tun.

Finanzkraft und Entschuldung

Mit seiner im Ländervergleich weit überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft erzielt Bremen auch ein überdurchschnittliches originäres Steueraufkommen. Schon auf der Stufe der Steuerverteilung unter den Ländern, d.h. vor dem eigentlichen Finanzausgleich, wird diese Steuerkraft durch Lohnsteuererlegung und Umsatzsteuerverteilung aber erheblich gemindert. Bremen fällt durch diese Regelung deutlich unter den Länderdurchschnitt, um dann im Zuge des Finanzausgleiches nur unzureichend bei den Zuweisungen wieder berücksichtigt zu werden. So erscheint Bremen als großes Empfängerland und als „Bittsteller“ im Finanzausgleich, obwohl im Wesentlichen nur die Mittel wieder zurückfließen, die in den Vorstufen abgeschöpft worden sind. Das heißt: Wir werden arm gerechnet.

Wir halten auch vor diesem Hintergrund Änderungen im System der Steuerverteilung für erforderlich, damit die besondere Situation der Stadtstaaten mit überdurchschnittlicher Wirtschafts- und Steuerkraft künftig berücksichtigt wird. Insofern wird sich Bremen aktiv an der Diskussion beteiligen, wie unsere Anstrengungen, die zu einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum geführt haben, auch in der Steuerverteilung stärker berücksichtigt werden können. Dabei darf allerdings der berechtigten Anspruch der finanzschwachen Länder auf einen angemessenen Ausgleich nicht in Frage gestellt werden.

Eine nachhaltige Entschuldung Bremens ist ohne Hilfestellung von außen wie z. B. durch einen nationalen Entschuldungsfonds und/oder eine wirklich stadtstaaten-gerechte Veränderung des Finanzsystems nicht möglich.

Wir Sozialdemokraten werden in den Verhandlungen um die zweite Stufe der Föderalismusreform Vorschläge entwickeln und unterstützen, um in der bundesstaatlichen Ordnung für alle Länder die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zu schaffen. Unser Ziel ist es, die Gebietskörperschaften finanziell so auszustatten, dass sie ih-

ren Aufgaben gerecht werden können. Hierzu müssen auch hohe Vermögen und Einkommen ihren Beitrag leisten. Ein nationaler Entschuldungsfonds bietet die Chance, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Bundesländer in solidarischer Weise und auf der Basis des bündischen Prinzips wieder herzustellen und somit den verfassungsmäßigen Auftrag zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Deutschland zu verwirklichen. So kann die Schuldenlast der Länder in spürbarem Umfang gesenkt und in einen zentralen Fonds – wie er beispielsweise mit dem „Fonds Deutsche Einheit“ schon besteht – überführt werden. Die Entlastung der Länder von den enormen Zinslasten ist die Voraussetzung dafür, dass wieder alle Bundesländer in die Lage versetzt werden, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben.

Erfolgreiche Vernetzung mit den Nachbarn

Wir setzen auf eine enge, vertrauensvolle und verbindliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe mit unseren Nachbarn in Niedersachsen. Denn wir wissen: Nur gemeinsam können wir eine starke Region schaffen, die – unabhängig von kommunalen und Landesgrenzen – den Menschen Lebensperspektiven bietet und der Wirtschaft Entwicklungspotenziale eröffnet. Bereits heute gelingt das in vielen Bereichen, wie beim Verkehrsverbund VBN, in der Wissenschaftskooperation oder beim Tourismusmarketing. Wir wollen den Naturreichtum unseres Landes gemeinsam mit den Nachbarn weiterentwickeln und so die grünen Ressourcen Bremens stärken.

Wir wollen gemeinsam die verbindlichen Strukturen der Zusammenarbeit jetzt entscheidend gestalten, damit aus der positiven Grundstimmung und auf der Basis der vom Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen geleisteten Vorarbeit im Rahmen des interkommunalen Raumstrukturkonzeptes (INTRA) eine gemeinsame Region Bremen wachsen kann. Wir wollen keine Verwaltungsregion, sondern eine vom Bürgerwillen getragene Region. Wir haben begonnen, die Metropolregion Bremen-Oldenburg im nationalen und europäischen Wettbewerb zu positionieren. Dabei setzen wir auf ein gemeinsames Marketing sowie auf eine gemeinsame Strategie bei der Einwerbung von Fördermitteln der Europäischen Union.

Innovations- und Modellregion: Laborfunktion des Bundesstaates

Das Land Bremen ist eine international bekannte Innovationsregion, die entscheidend durch die vorhandene Kompetenz in den verschiedensten Hochtechnologiebereichen geprägt ist. Die synergetische Verflechtung der bremischen Industrie mit über 50 wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen – unter anderem Fraunhofer- und Max Planck Institute – wie zum Beispiel im Bereich der Produktionstechnik, der Mikrosystemtechnik, der Materialwissenschaften, der Luft- und Raumfahrttechnologie, der Umweltforschung, der Mikrogravitation, der Oberflächentechnik, der Bioverfahrenstechnik, der Meeres- und Polarforschung sowie weiteren Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft prägt den High-Tech-Standort an der Weser.

Das Land Bremen hat bereits beginnend im Jahre 2002 eine Schwerpunktsetzung und Profilbildung auf überregional wettbewerbsfähigen Innovationsfeldern innerhalb des Senatsprogramms „InnoVision 2010“ im Bereich T.I.M.E. (Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia, Entertainment), der Gesundheitswirtschaft, der Umweltwirtschaft und der Blauen Biotechnologie/Ernährungswirtschaft entwickelt und die vorhandenen Felder der Luft- und Raumfahrt, Logistik und Design gestärkt und will sie auf weiteren Feldern konsequent bis 2010 ausbauen.

Das neue Ziel2-Programm des Europäischen Sozialfonds ebenso wie das neue EFRE-Programm oder das 7. Forschungsrahmenprogramm können gemeinsam und aufeinander

ander abgestimmt als good-practice-Modell für eine schlanke und effiziente Zusammenarbeit zwischen Land, Bund und EU umgesetzt werden. Ziel muss es sein, mit abgestimmten Programmen auf unterschiedlichen Ebenen und effektivem Mitteleinsatz für Bremen und Bremerhaven die größtmögliche Wirkung zu erzielen.

Auch verfügt Bremen über hervorragende Ansätze, um sich als Modellregion des lebenslangen Lernens im Erwerbsleben zu profilieren. Die Einbindung von E-Learning in das Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E“ sichert den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuen Lernformen. Dies ist bundesweit einmalig. Ebenfalls bei der Verknüpfung von Technologie- und Wirtschaftsförderung und innovativen Modellen der Qualifikations- und Personalentwicklung nimmt Bremen bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Unsere Leistungen für Deutschland

Unser Zwei-Städte-Staat nimmt mit seinen Häfen eine unverzichtbare Dienstleistung für die gesamte Republik wahr. Der Bremer Schlüssel öffnet dem Exportweltmeister Deutschland Handelswege in alle Welt. Bremen hat in vergangenen Jahren nachhaltig in die Leistungsfähigkeit seiner Häfen investiert, von der Millionen Arbeitsplätze in der ganzen Bundesrepublik Deutschland abhängen. Damit leistet es zugleich einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Standortes Deutschland. Dieses gilt gerade auch für Bremerhaven mit einem der größten Automobilhäfen in Europa und dem zweitgrößten Containerumschlagplatz in Deutschland.

III. Arbeiten in Bremen und Bremerhaven

Hochwertige Ausbildung und attraktive Arbeitsplätze

Im Mittelpunkt der Zukunftssicherung des Landes steht die Schaffung zukunftssträchtiger Arbeitsplätze. In der heutigen Wissensgesellschaft muss Bremen die Ressource „Wissen“ noch stärker als bisher für eine hohe Qualifikation für den Arbeitsmarkt, zur Lebensbewältigung und zur Bewältigung und Gestaltung des sozialen Wandels nutzen. Nur mit hohem Qualifikationsniveau und modernen Ausbildungsgängen lässt sich der demographischen Entwicklung und dem Strukturwandel am Arbeitsmarkt, der neue und höhere Anforderungen mit sich bringt, gerecht werden. Dafür ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger und quantitativ ausreichender Ressourcen und Kapazitäten im Ausbildungssystem und im Forschungs- und Entwicklungsbereich notwendig. Wir werden auch in der nächsten Wahlperiode die Arbeitsmarktprobleme in Bremerhaven aktiv bekämpfen. Hiermit können wir ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer verhindern.

In vielen Bremer und Bremerhavener Betrieben finden junge Menschen eine gute Ausbildung. Leider gelingt es aber immer noch nicht, allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Mit dieser Situation können und wollen wir uns nicht abfinden. Wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildungssituation in unserem Land zu verbessern. Wir müssen es verhindern, dass junge Menschen ohne Perspektive von der Schule abgehen.

Das Land hat in den vergangenen Jahren die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst und in den öffentlichen Gesellschaften deutlich angehoben, um seiner Verantwortung als öffentlicher Arbeitgeber gerecht zu werden. Rund 1000 Auszubildende arbeiten in unseren Verwaltungen; rund ein Fünftel von ihnen hat einen familiären Migrationshin-

tergrund. Wir wollen sie tarifvertraglich absichern. An dieser Politik der Integration wollen wir auch in Zukunft festhalten.

In Bremen und Bremerhaven ist zudem die Privatwirtschaft gefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken und künftig mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Unser Ziel bleibt es, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Niemand soll nach der Schule in die Arbeitslosigkeit rutschen. Wenn es mit den bisherigen Instrumenten auch in Zukunft nicht gelingen sollte, die Lehrstellenlücke zu schließen und allen Bewerberinnen und Bewerbern einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, werden wir uns für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage einsetzen.

Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Wir werden auch zukünftig eine Politik formulieren und umsetzen, die Wirtschaftswachstum ermöglicht und zukunftsfähige Arbeitsplätze sichert und schafft. Um die öffentlichen Mittel effizienter und zielgerichteter nutzen zu können, setzen wir auf eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auch und gerade im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen und im Handwerk. Im Sinne einer echten „one-stop-shop“-Lösung ist eine inhaltliche und organisatorische Verknüpfung beider Förderbereiche notwendig. Dabei sind auch zukünftig Wirtschaftsfelder zu berücksichtigen, die Arbeitsplätze für Menschen mit geringeren Qualifikationen zur Verfügung stellen und damit ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten. Zudem wollen wir unsere Wirtschaftsfördermaßnahmen, die auf die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen zielen, intensivieren und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen in unserer Wirtschaftsförderung insgesamt verstärkt berücksichtigen. Alle Akteure des Arbeitsmarktes werden in die Verantwortung für die Umsetzung von Frauenförderung einbezogen. Die Sozialpartner sind gefordert, betriebliche Möglichkeiten zur Förderung der Chancengleichheit zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, sinnvolle öffentliche Beschäftigungsangebote erhalten. Wir treten ein für die eigenständige Existenzsicherung aller Vollzeitbeschäftigten oberhalb der Armutsgrenze mindestens durch den gesetzlichen Mindestlohn. Vollzeiterwerbstätigkeit muss zu einer ökonomischen Unabhängigkeit führen, da sonst - insbesondere bei Frauen - Altersarmut nicht zu verhindern ist. Reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze dürfen weder durch ehrenamtliche Tätigkeiten noch durch Ein-Euro-Jobs ersetzt werden.

Dynamischer Wirtschafts- und Technologiestandort

Das Land Bremen gehört heute zu den technologischen Spitzenstandorten in Deutschland und wir wollen diese Position verteidigen. Die Eisen- und Stahlproduktion, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die industrielle Spitzenfertigung im Automobilbau und der Elektronik, der Logistiksektor, die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die maritime Wirtschaft gehören in Bremen und Bremerhaven zum unverzichtbaren industriellen Kern unseres Landes. Wir wollen diesen starken Kern stärken, Neues darauf aufbauen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen eine noch engere Verknüpfung unserer Wissenschaftslandschaft mit der regionalen Wirtschaft herbeiführen und daraus neue Fähigkeiten, neue Produkte und neue Arbeitsplätze schöpfen. Das ist auch für Neuansiedlungen von kleinen und mittleren Unternehmen ein wichtiger Standortvorteil. Die technologische Innovationsfähigkeit bleibt dabei der zentrale Faktor für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit von Land und Region.

Nicht zuletzt durch die enge Verzahnung der Unternehmen, der wissenschaftlichen Einrichtungen und der Politik hat Bremen sich zu einer Modellregion Luft- und Raumfahrt entwickelt. Die Ansiedlung des DLR-Raumfahrtinstituts bestätigt diese Politik. Mit Unterstützung der Europäischen Union und der Bundesregierung wollen wir in Bremen ein europäisches Zentrum zur globalen Überwachung von Umwelt und Sicherheit (GMES) etablieren, das die vorhandenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentiale in der Erdfernerkundung für eine verbesserte Erkennung und Lösung der globalen Umweltprobleme und der Sicherung der Transportwege einsetzt.

Mit den Wachstumsbereichen wie der Erschließung alternativer Energien, moderne Logistikketten, Meeresforschung, Blaue Technologien etc. spielt der Faktor Meer eine zunehmend wichtige Rolle für Wachstum und Beschäftigung. Dies gilt ganz besonders auch für Bremen und Bremerhaven: Rund ein Viertel der Gesamtbeschäftigung im Zwei-Städte-Staat ist diesem Sektor direkt und indirekt zuzuordnen. Insbesondere deshalb ist die Schaffung optimaler Standortbedingungen für die entsprechenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ressourcen für die Zukunft des kleinsten Bundeslandes besonders wichtig. Bremen und Bremerhaven haben exzellente Standortqualitäten zur Entwicklung eines „Kompetenzzentrum Meereswirtschaft“. Daneben werden wir alles Notwendige unternehmen, um den Werftenstandort Bremerhaven zu sichern und zu unterstützen.

Die enge Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zur Förderung von Exzellenz und Schaffung von innovativen Arbeitsplätzen ist ein Standortvorteil, den wir weiter ausbauen wollen. Die Medien- und IT-Wirtschaft, die Logistik, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Umweltwirtschaft, die Biotechnologie und die Gesundheitswirtschaft sowie der Tourismussektor stellen Cluster dar, in denen wir Bremens Position als führende Technologieregion durch eine gezielte und effiziente Wirtschaftsförderung ausbauen wollen. Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in wirtschaftliche Anwendungen wird in unserer Wirtschaftspolitik eine noch größere Priorität erhalten.

Für das Land Bremen werden wir die bisherigen Programme der Wirtschaftsförderung neu definieren, die bestehenden Förderprogramme auf ihre Zweckmäßigkeit überprüfen und dafür die Möglichkeit auch direkter, gezielter Auftragsvergabe als Instrument einsetzen.

Dazu brauchen wir eine effizient gestaltete, bedarfsorientierte Gewerbeflächenpolitik, die qualifizierte, identifizierbare und vermarktungsfähige Gewerbeflächenstandorte ausweist, um die industrielle, technologische und logistische Clusterbildung zu unterstützen. Auch wollen wir auf eine notwendig engere Verzahnung von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei der Weiterentwicklung der Instrumente einer ganzheitlichen Wirtschaftsförderung hinwirken.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Entwicklung der Überseestadt in Bremen zu einem modernen Arbeits- und Dienstleistungsstandort, der auch Wohnmöglichkeiten mit einschließt.

Bremerhaven hat ein eigenes international wettbewerbsfähiges Profil als maritimes Technologiezentrum entwickelt. Dabei kommt den in Bremerhaven vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotenzialen eine Schlüsselrolle zu. Technologisches Know-how von Arbeitnehmern, Unternehmen und Regionen zählen zu den zentralen Voraus-

setzungen für wirtschaftliches Wachstum. Der Aufbau von technologischen Kapazitäten durch die Stärkung öffentlicher Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, durch anwendungsorientierten Technologietransfer und eine gezielte bedarfsorientierte Wirtschaftsförderung sind die richtige Strategie.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen mit Nachdruck die weitere Entwicklung der spezialisierten Tourismuswirtschaft im Lande Bremen und insbesondere des maritim geprägten Dienstleistungsangebotes in Bremen und Bremerhaven.

In der Wissenschaftsplanung des Landes nimmt die Hochschule Bremerhaven eine wichtige Funktion als Impulsgeber für den wirtschaftlichen Strukturwandel vor Ort wahr. Mit innovativen Ausbildungsangeboten im Rahmen des Profils einer „Hochschule am Meer“ soll die Vernetzung mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) und den bremischen Hochschulen weiter verstärkt und die wissenschaftliche Infrastruktur verbessert werden. Dieser Prozess erfordert hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Leistungsträgerinnen und Leistungsträger für Bremerhaven. Er erfordert zudem eine forschungsorientierte Ausstattung in für Bremerhaven zentralen Innovationsfeldern wie der Maritimen Logistik, den Maritimen Technologien und der Bio- und Lebensmitteltechnologie.

Energiewirtschaftlicher Strukturwandel und Klimaschutz

Auch im Lande Bremen werden wir uns zunehmend der dramatischen Auswirkungen des weltweiten Klimawandels bewusst. Die erhebliche Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes aus fossilen Brennstoffen in Kraftwerken, Verbrennungsmotoren und Gebäudeheizungen ist unbestritten die wichtigste Strategie, damit wir die zukünftigen Klimarisiken bewältigen können.

Wir brauchen den erfolgreichen energietechnischen Strukturwandel, um als Land und Region nachhaltig unsere Existenz zu sichern. Wir müssen die Steigerung der Energieeffizienz und dabei vor allem auch die Kraft-Wärme-Kopplung und den Wechsel zu den erneuerbaren Energien weiter beschleunigen. Andererseits wollen wir die dabei entstehenden enormen Chancen für unseren Technologiestandort nutzen.

Deshalb setzen wir auf den weiteren Ausbau regenerativer Energien. Wir wollen im Lande Bremen die Windenergiebranche in Forschung, Entwicklung und Produktion weiterhin stärken. Die Zukunft liegt auf dem Meer. Die Off-Shore-Windnutzung wird neue Arbeitsplätze im Küstenbereich schaffen. Strom aus Wind und Sonne kann gespeichert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Norddeutschland Druckluftspeicher für regenerativen Strom gebaut werden.

Bremen ist ein bedeutender Standort der Energiewirtschaft. Die Investitionen der EWE in der Überseestadt unterstreichen dies nachdrücklich. Um eine sichere und ausreichende Energieversorgung auch regional zu garantieren, brauchen wir statt riskanter Atomkraft neben einem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem verstärkten Einsatz von Effizienztechnologien auch modernste klimaneutrale konventionelle Kraftwerkstechnologie. Modernste CO₂-arme Kraftwerke bedeuten auch Technologieführerschaft im Rahmen globaler Zukunftspolitik.

Wir brauchen dazu konkrete landespolitische Ziele und Strategien, im Einklang mit den bundesweiten und europäischen Zielen zur CO₂-Einsparung und Energieeffizienz, die

als politische Querschnittsaufgabe gestaltet werden und als verbindliche Handlungsleitlinie für alle Senatsressorts gelten.

Handwerk stärken

Das Handwerk ist ein wesentlicher Wirtschaftszweig, der einer besseren Unterstützung bedarf. Das Handwerk leistet einen erheblichen Beitrag zur Ausbildung junger Menschen und ist zugleich unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft vor Ort. Wir wollen das Handwerk stärken und setzen uns in diesem Zusammenhang für eine Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen ein. Insbesondere sind Verfahren zu entwickeln, die für eine bessere Unternehmensnachfolge im Handwerk sorgen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, aber auch des bremischen Handwerks entscheidet sich in der Frage der besseren Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in wirtschaftliches Handeln – das gilt auch für das Handwerk. Wir werden die heute schon bestehenden Initiativen unterstützen und ausbauen. Wir setzen uns für eine gesonderte Initiative der Landesregierung zur Stärkung des Handwerks ein.

Wir werden unsere intensiven Bemühungen zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit fortsetzen. Die Weiterentwicklung des Bremischen Landesvergabegesetzes wird dabei helfen.

Wachstumsmotor Häfen und Logistik sowie neue, zukunftsfähige Branchen

Mit seinen im Zentrum des Europäischen Binnenmarktes liegenden Häfen Bremen und Bremerhaven, seiner modernen Hafen-, Lager- und Verkehrsinfrastruktur, der gut aufgestellten Speditionsbranche, den IT-Unternehmen und einschlägigen Forschungseinrichtungen und unserer Beteiligung am Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port weist das Land Bremen als Logistikstandort ein erhebliches Innovations- und Entwicklungspotenzial auf. Bremerhaven bietet aufgrund seiner herausgehobenen Stellung als Automobilhafen und Containerumschlagplatz gute Wachstumschancen für die weitere Entwicklung der deutschen Automobilindustrie in Deutschland. Mit den Investitionen in die Hafeninfrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen für weiteres Wachstum und mehr Arbeitsplätze. In der Automobillogistik hat Bremen inzwischen eine Spitzenposition erreicht.

Um dieses Potenzial umfassend zu erschließen, soll die Entwicklung Bremens und Bremerhavens zur „Modellregion für maritime Hafenwirtschaft und Logistik“ vorangetrieben werden. Durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, durch technologische Innovationen und die Umsetzung logistischer Konzepte soll die Attraktivität der logistischen Hafendienstleistungen gesteigert werden – im Interesse neuer Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven sowie im Nordwesten insgesamt.

Die Kompetenzen im Bereich Forschung und Entwicklung sollen verstärkt und mit den vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen vernetzt werden unter anderem durch den Ausbau des Standorts Bremerhaven zu einem maritimen Logistikzentrum für Seeverkehr und Sicherheit. In Bremerhaven, als Hafenstadt mit traditionell starken Containerverkehren in die USA, wollen wir ein Kompetenzcluster im Bereich maritimer Sicherheit aufbauen. Unterstützung erfährt dieses Projekt durch die Fachkompetenz des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik. Zudem soll die Hafen-Logistik und die Anwendung der Telematik in den bremischen Häfen optimiert und der Ausbau der Infrastruktur sowie die Nutzung des multimodalen Verkehrs (Schiene, Wasserstraßen, Short Sea

Shipping) gefördert werden. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollen hier eine besondere Entwicklungschance bekommen.

Exzellente Forschung und Wissenschaft – Wissenschafts-, Transfer- und Innovationspolitik

Unsere Wissenschaftspolitik hat die Basis dafür geschaffen, dass Forschung und Wissenschaft im Lande Bremen sich heute auf hohem Niveau im internationalen Wettbewerb behaupten. In den vergangenen 20 Jahren haben wir unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft in rasantem Tempo ausgebaut. Sie ist national wie international hoch anerkannt. Dies haben die Ernennung Bremens und Bremerhavens zur „Stadt der Wissenschaft“ 2005 und das gute Abschneiden im universitären Exzellenzwettbewerb gezeigt. Diese Entwicklung wollen wir in den kommenden Jahren verstetigen, um so die Dynamik des Wissenschaftsbereichs in Hinblick auf Forschungserfolge, die Einrichtung innovativer Studiengänge sowie die großen Fortschritte im Transferbereich und bei der Kooperation mit der regionalen Wirtschaft zu sichern. Die Bewilligung der Graduiertenschule „Globaler Wandel im Bereich des Meeres“ und die gute Bewertung der sozialwissenschaftlichen Graduiertenschule belegen darüber hinaus, dass Bremen auch eine exzellente Nachwuchsförderung betreibt. Diese Schwerpunktsetzung der Universität wollen wir fördern.

Die hohe Relevanz wissenschaftlicher Ausbildung und anwendungsnaher Forschung für wissenschaftliche Innovationen und regionale Wettbewerbsfähigkeit ist unstrittig; für das Land Bremen ist dies der zentrale Hebel der Standortpolitik und der langfristigen Beschäftigungssicherung. Globale Unternehmensverflechtungen und der regionale Wettbewerb im größeren Europa machen die wissenschaftliche Qualifikation von Arbeitskräften und die Spitzenqualität in der Forschung zu einem noch wichtigeren Zukunftsfaktor. Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie wollen wir uns um eine Erhöhung des Beschäftigungsanteils von Frauen in der Wissenschaft bemühen.

Wir werden auch zukünftig die Möglichkeiten zur weiteren Profilierung des Wissenschaftsstandortes nutzen, etwa durch verstärkte Kooperationen und Innovationsförderung. Die Weiterentwicklung des bremischen Wissenschaftssystems hat für uns einen unverändert hohen Stellenwert. Unser Ziel ist es, eine hohe Zahl an Studienplätzen für Erstsemester bereitzustellen. Bremens Stellung unter den zehn forschungstärksten Universitäten Deutschlands ist langfristig nur zu untermauern, wenn auch die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Zentrum unserer Bemühungen steht. Gute Forschung braucht gute Lehre. Damit schaffen wir eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliches Wachstum in der Region.

Ausgehend von dieser erfolgreichen Politik sollen in ausgesuchten Feldern neue Möglichkeiten einer aktiven und modernen Innovationspolitik ausgelotet werden, die Transfers und innovative Impulse über die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft mit der Kultur zu erreichen versucht.

Aufgrund der hohen Selbstfinanzierung, der Erfolge bei der Einwohnergewinnung und der erheblichen Beschäftigungseffekte, ist der Wissenschaftsbereich ein für die Landespolitik strategisch wichtiges Politikfeld. Die Impulskraft und Leistungsfähigkeit der Wissenschaft muss deswegen auch für die Bewältigung der strukturellen und finanzpolitischen Probleme des Landes voll nutzbar gemacht werden.

Umweltgerechte Mobilität und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Ein gut ausgebauter Nahverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil für die Lebensqualität in der Stadt und in der Region. Daher haben wir in diesem Bereich investiert und werden dies auch zukünftig tun.

Die Erweiterung des Netzes des schienengebundenen Nahverkehrs wird zu einem attraktiveren Angebot und zu einer guten Anbindung des Bremer und Bremerhavener Umlandes auch in die Fläche führen. Bremen ist schon jetzt eine anerkannte Modellstadt für nachhaltige Mobilität auf der europäischen Ebene und konnte in zahlreichen EU-geförderten Projekten innovative Aktivitäten entfalten.

Zentrale Aufgabe bleibt es, nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der „Bremer Straßenbahn AG (BSAG)“ und der „Bremerhaven Bus“ (VGB) als leistungsstarke kommunale Verkehrsbetriebe langfristig zu sichern, sondern auch den Fahrgästen aus dem Lande Bremen und der Region weiterhin attraktive und umfassende Angebote machen zu können. Wir setzen auf die Verstärkung unserer umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur, um die Wohn- und Lebensqualität unserer Menschen weiter zu verbessern. Dazu zählen wir neben der Sicherung des öffentlichen Nahverkehrs auch den Ausbau des Rad- und Fußverkehrs mit dem Umweltverbund „Fuß, Rad, ÖPNV/SPNV“, die schrittweise Weiterentwicklung des Radwegenetzes sowie des Car-Sharings in Kombination mit der BSAG.

Um die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen und die durch den Verkehr verursachten Emissionen zu vermeiden und die Menschen vor Lärm und Feinstaub zu schützen, werden wir uns weiter für umweltfreundliche Verkehrskonzepte stark machen. So lassen sich Wohngebiete von Schwerlastverkehren entlasten, indem Gewerbegebiete direkt an das überregionale Straßennetz angebunden werden. Außerdem erreichen wir das auch durch die beabsichtigte Schließung des Autobahnringes um Bremen-Stadt und eine geeignete verkehrstechnische Erschließung unserer Häfen in Bremen und Bremerhaven. Die Förderprogramme für alternative Kraftstoffe wollen wir fortsetzen.

Eine gute Verkehrspolitik verbindet die wirtschaftlichen Interessen unserer beiden Städte mit den Interessen der Menschen, keinen unnötigen Belastungen ausgesetzt zu sein.

Lokale Arbeitsmarktpolitik

Der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in unseren beiden Städten bleibt die wichtigste politische Aufgabe. Trotz der unübersehbaren Erfolge bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in den vergangenen zehn Jahren ist es uns nicht gelungen, die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven nachhaltig zu reduzieren. Mit dieser Situation wollen wir uns nicht abfinden. Wir werden weiterhin alles in unserer Macht stehende tun, um den Betroffenen auch mit Hilfe der von Bremen bereits intensiv genutzten Förderprogramme der Europäischen Union eine Perspektive aus der Erwerbslosigkeit zu bieten und die Arbeitslosenquote in unserem Land zu senken. Neben einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik wollen wir die Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft nutzen. Mit dem 20-Millionen-Euro-Programm aus dem Stahlwerke-Verkauf und einem Beschäftigungsprogramm für ältere Arbeitslose haben wir erste wichtige Schritte unternommen. Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme des Bundes, wie sie zum Beispiel für die über 50-jährigen Arbeitslosen geplant sind, werden wir in Bremen intensiv nutzen.

Das Zurückdrängen der Jugendarbeitslosigkeit hat für uns Sozialdemokraten weiter höchste Priorität. Deshalb muss der mit der Reform der Arbeitsmarktpolitik formulierte Anspruch, allen jungen Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz anzubieten, uneingeschränkt erfüllt werden. Ausbildung muss dabei Priorität vor Beschäftigung haben.

Durch den Verbleib Bremens in der Arbeitsmarktförderung der EU haben wir die Chance, neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik zu setzen. Wir werden ein entsprechendes Programm erarbeiten, mit dem wir unserer Zielstellung, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen und in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, gerecht werden. In dem Zusammenhang wollen wir unsere auf Frauen zielenden, differenzierten arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Maßnahmen für Teil- und Vollzeitbeschäftigung zu einem neuen Chancengleichheitsprogramm ausbauen und bündeln.

Unser Ziel ist es, in der kommenden Wahlperiode in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Beschäftigungsträgern im Land Bremen an den Aufgaben des Gemeinwesens orientierte Beschäftigungsmaßnahmen umzusetzen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Land Bremen ein sozialer Arbeitsmarkt geschaffen wird, der auch erwerbsfähigen Menschen ohne Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Perspektive schafft. Wir ermutigen unsere lokalen Beschäftigungsträger, eine möglichst hohe Zahl von Arbeitsplätzen bereitzustellen.

Die SPD erwartet von der BAGIS in Bremen und dem ARGE-Job-Center in Bremerhaven, dass sie ihre verwaltungstechnischen Probleme möglichst schnell beseitigen. Die SPD hält es für dringend erforderlich, dass so schnell wie möglich das Fallmanagement und die zielgenaue Beratung als integraler Bestandteil der Reform optimiert werden. Die SPD tritt dafür ein, die Jugend- und Frauenberatung und die unabhängige Beratung für Arbeitslose abzusichern.

IV. Leben in unseren sozialen Städten

Familie und Kinder stehen im Mittelpunkt einer fortschrittlichen Politik

Wir wollen den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung wirksam verbessern. Alle Fälle von Kindeswohlgefährdung müssen schnell identifiziert und die zur Verfügung stehenden Hilfemaßnahmen unverzüglich ohne Zeitverlust eingeleitet werden. Die entsprechende Weiterentwicklung unseres Hilfesystems – auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern – ist eingeleitet und wird auch weiterhin zügig umgesetzt. Die dafür notwendigen Mittel werden wir bereitstellen.

Ein wirksamer Schutz von Kindern muss notfalls auch gegen die eigenen Eltern durchgesetzt werden. Das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit hat Vorrang gegenüber dem Elternrecht. Für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren, hat der Staat – mit seinem im Grundgesetz festgelegten Wächteramt – eine besondere Verantwortung. Das Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird.

Gerechtere Bildungs- und Entwicklungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft

Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Kinderarmut ist mittlerweile keine gesellschaftliche Randerscheinung

mehr. Diese Entwicklung darf nicht hingenommen werden. Schwerpunkt unserer Arbeit muss es daher sein, die immer noch bestehende Koppelung zwischen der sozialer Stellung der Eltern und dem Schulerfolg der Kinder aufzubrechen. Hierzu müssen alle Bildungseinrichtungen ihren Beitrag leisten. Wir wollen die Qualität von Bildung und Betreuung erhöhen und den Zugang zu entsprechenden Angeboten verbessern. An der Lehr- und Lernmittelfreiheit als verfassungsmäßigem Grundsatz werden wir weiter festhalten. Unser politisches Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige gebührenfreie Ausbildung und Betreuung vom Kindergarten bis zur Hochschule anzubieten.

Die schrittweise quantitative und qualitative Ausweitung der Kinderbetreuung für die 0 bis 6-jährigen bleibt ein zentraler Eckpfeiler sozialdemokratischer Familienpolitik in Bremen, das gilt besonders auch für unter Dreijährige. Eine verlässliche frühkindliche Betreuung ermöglicht allen Kindern soziale Teilhabe und vermeidet einen frühen sozialen Ausschluss. Für erwerbstätige Eltern erleichtert sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Kindergartenbereich werden wir in einem ersten Schritt Eltern mit niedrigeren Einkommen entlasten, unter anderem durch die Ausweitung des kostenfreien Mittagstischangebotes. Der Ausbau der Angebote soll vorrangig in den Stadtteilen erfolgen, wo Armut und Arbeitslosigkeit besonders häufig vorkommen. Bei dem Ausbau dieser Angebote dürfen wir nicht hinter den Standard vergleichbarer Großstädte zurückfallen. Dabei müssen Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung Priorität haben.

Darum wollen wir die Zahl der Betreuungsplätze für 0 bis 3-jährige bis zum Jahr 2010 auf mindestens 20 Prozent erhöhen. Mit dem Ausbau haben wir bereits begonnen. Daneben müssen die Betreuungszeiten im Kindergarten nach den Bedürfnissen der Eltern ausgeweitet und es muss eine umfassende Ferienbetreuung garantiert werden. Wir werden Kinder aus benachteiligten Familien in Schule und Kindergarten intensiver fördern und das kostenlose Angebot einer warmen Mahlzeit pro Tag für sozial benachteiligte Kinder durchsetzen. Zudem werden wir Sprach- und Benachteiligtenförderung in sozialen Brennpunkten absichern.

Die Zukunftsaufgaben des Sozial- und Bildungssystems werden sich nur in konsequent vernetzten Strukturen bewältigen lassen. Wir wollen deswegen Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen dabei unterstützen, quartiersbezogene Kooperationen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen und hemmende Ressortgrenzen zu überwinden. Dies betrifft gleichermaßen die generationsübergreifende Zusammenführung sozialer Angebote. Die Einbindung der Kindertagesstätten und der Schulen in die Stadtteilarbeit soll ausgebaut werden mit dem Ziel, mit Kultureinrichtungen, Sportvereinen, freien Trägern und Kirchen als Kooperationspartner noch enger zusammenzuarbeiten. Die erfolgreichen Modelle und Projekte einer echten Kooperation zwischen Schule und Kultur im Land Bremen, wie z. B. die Musikwerkstatt, sollen in ein Konzept überführt werden, das die notwendigen Rahmenbedingungen festlegt und Räume für neue Kooperationsvarianten eröffnet. Die Stärkung der kulturellen Bildung innerhalb und außerhalb der Schule soll zu einem ineinander greifenden System entwickelt werden, das in einem ersten Schritt die vorhandenen Möglichkeiten effizient verknüpft.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Kindergärten und Schulen zum Beispiel durch Projektverbünde weiter ausbauen, um den Übergang zwischen beiden Institutionen durch eine frühe Förderung zu erleichtern. In der Grundschule werden wir die gezielten Fördermaßnahmen wie Sprachförderkurse fortsetzen, damit der Schulerfolg nicht länger vom biografischen Hintergrund abhängt. Damit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich das Leistungsniveau insgesamt erhöht. Wir treten für eine notenfreie

Grundschule ein, da sie bessere Bedingungen für die Lernentwicklung aller Kinder bietet.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche solange wie möglich eine gemeinsame Schule besuchen können, wie in den Ländern, die bei PISA erfolgreich abgeschnitten haben. Unser Ziel ist die „Gemeinsame Schule“ von Klassenstufe 1 bis 10. Als erster Schritt sollen alle Schulen verpflichtet werden, die aufgenommenen Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule zum Abschluss zu führen. Wir wollen die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten auf das Niveau anderer westlicher Industriestaaten anheben. Die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern wird abgesichert.

Die Gesamtschulen/Integrierten Stadtteilschulen haben die Zielsetzungen der „Gemeinsamen Schule“ schon erfolgreich umgesetzt. Wir sind sicher, dass der Entwicklungsprozess zur „Gemeinsamen Schule“ alle Beteiligten durch seine positiven Auswirkungen für die Schülerinnen und Schüler überzeugen wird, wie dies zum Beispiel in den skandinavischen Ländern gelungen ist.

Die „Gemeinsame Schule“ wird als verbindliche Ganztagschule ausgebaut, denn der Ganztagschule gehört die Zukunft. Sie ist nicht nur aus bildungspolitischer Perspektive das erfolgreichere Modell, sie trägt auch zur Integration und zum sozialen Ausgleich bei und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben das Programm der rot-grünen Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagsbetreuung umfangreich genutzt. Auch nach dem Auslaufen der Bundesförderung haben wir mit bremischen Mitteln weiter in den Ausbau der Betreuungsangebote investiert. An Schulstandorten mit erhöhten sozialen Belastungsfaktoren sorgen wir für den nötigen Ausgleich. Darüber hinaus werden wir bei der weiteren Entwicklung der Schulstandorte der sich abzeichnenden sozialen Entmischung in den Stadtteilen entgegenwirken. Die Angebote für Ferienbetreuung werden wir ausbauen. Dies werden wir durch 4 neue Ganztagschulen pro Jahr im Lande Bremen fortsetzen.

Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Erlangung der Berufsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler legen, die nach Klasse 10 von der Schule abgehen. Vorgesehen sind in den Klassen 9 und 10 verpflichtende Praxisphasen in Betrieben und an beruflichen Schulen, um den Übergang der Schülerinnen und Schüler in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Die Angebote der beruflichen Schulen werden weiterentwickelt, z. B. durch eine Ergänzung bei den Fachrichtungen der Berufsfachschulen und den Ausbau der Verbundausbildung. Die Jugendlichen sollen dadurch zu qualitativ hochwertigen und zukunftsfähigen Abschlüssen geführt werden, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Das Berufswahlspektrum junger Frauen muss erweitert werden. Bereits im Kindergarten und in der Grundschule muss daher auf eine geschlechtersensible Erziehung geachtet werden.

Wir werden dafür sorgen, dass den Schulen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, um gute Arbeit leisten zu können. Dazu gehören neben einer angemessenen, qualifizierten Personalausstattung die Sicherung der Sanierung der Schulen sowie die Bereitstellung der notwendigen Sachmittel.

Zukunft durch Wissen und lebenslanges Lernen

Wissen, Bildung und Qualifikation stellen die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Reichtum einer Region dar. Sie sind aber auch die Basis für persönlich-individuelle Entwicklung und die Teilhabe an den sozialen Errungenschaften einer Gesellschaft. Erst die Teilhabe an Bildung und Weiterbildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung schaffen und sichern Lebensqualität und Chancengleichheit. Bremens Zukunft hängt von den Ressourcen Wissen und Bildung ab. Der Erfolg des Strukturwandels und das Entstehen neuer Arbeitsplätze hängen in hohem Maße von der Fähigkeit einer Region ab, ihre Zukunft durch Wissen und Bildung zu gestalten.

Deshalb ist es für uns so wichtig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen aufgrund ihrer hohen Qualifikation eine aktive Rolle bei der Bewältigung des strukturellen Wandels spielen. Die Beschäftigten in unserem Bundesland brauchen dazu Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, den Anforderungen des lebenslangen Lernens gerecht zu werden – gerade im Hinblick auf die Entwicklung Bremens als attraktiver Standort in der Wissensgesellschaft. Dazu werden wir das erfolgreiche Modell der bremischen Weiterbildung im Rahmen des bremischen Weiterbildungs-Gesetzes weiterhin fördern und weiterentwickeln. Wir werden auch weiterhin die Angebote des zweiten Bildungsweges in öffentlicher Trägerschaft sichern.

Unseren Hochschulen kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Die technischen und sozialen Herausforderungen unserer globalisierten Welt lassen sich nur meistern, wenn neben einer fundierten Ausbildung auch kritisches Reflexionsvermögen und Innovationsfähigkeit vorhanden sind. Das Studium soll daher auch eine Grundlage für eine selbstbewusst-emanzipatorische Persönlichkeitsentwicklung schaffen. Vor diesem Hintergrund wenden wir Sozialdemokraten uns entschieden gegen Studiengebühren im Erststudium. Mit dem so genannten Landeskindermodell wollen wir Studierenden aus Bremen und Bremerhaven auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium ermöglichen.

Zudem setzen wir uns beim Ausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für dessen Fortbestand, Weiterentwicklung und die Anpassung der Bedarfssätze an die Preisentwicklung ein. Um gleiche Bildungschancen zu garantieren, muss auch der Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne herkömmliche Studienberechtigung verbreitert werden.

Gerechtigkeit und Teilhabe

Wir wollen alle Mitglieder unserer Gesellschaft befähigen, sich frei zu entfalten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Leben zu leisten. Dazu gehört auch, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen unsere Unterstützung verdienen. Trotz der angespannten Haushaltslage sollten wir die Zahl der ALG II-Empfänger, die wegen der Kosten ihrer Unterkunft ihre gewohnte Umgebung verlassen müssen, möglichst niedrig halten. Wir wissen, dass gerade diese Personengruppe auf ihre gewohnten sozialen Bezüge und die soziale Infrastruktur ihrer Wohnumgebung angewiesen ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der seit Anfang 2005 geltende Ecksatz in der Höhe von 345 Euro beim Arbeitslosengeld II und bei der Sozialhilfe erhöht wird, um einen Ausgleich für die Preissteigerungen der vergangenen Jahre zu schaffen. Die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen von Frauen mit geringem Einkommen werden wir wie bisher beibehalten.

Der Diskriminierung von Arbeitslosen in öffentlichen Debatten werden wir auf das Schärfste entgetreten. Soziale Ausgrenzung verhindern – auch das meint für uns

Sozialdemokraten Gerechtigkeit. Wir fordern für Bremen einen periodisch zu erstellen- den Armuts- und Reichtumsbericht, um Ursachen und Tendenzen einer weitergehen- den sozialen Spaltung frühzeitig zu erkennen und ihr auf dieser Grundlage entgegen- zuwirken.

Menschen im Alter

Wir wollen die Selbsthilfepotentiale und das Bürgerengagement stärken, um ein wirk- liches Zusammenleben der Generationen zu ermöglichen. Die Ergebnisse des Bremer Altenplans zeigen, dass für Senioren die soziale Einbindung und Selbstbestimmung sowie die Möglichkeit der Einflussnahme auf für sie wichtige Entscheidungsprozesse von hoher Bedeutung sind. Wir wollen, dass Senioren so lange wie möglich in ihrer ver- trauten Umgebung verbleiben können. Die notwendigen Dienstleistungen müssen da- her entsprechend vernetzt und ihr Fortbestand gesichert werden.

Die zunehmende Zahl älterer Menschen wird zu einer verstärkten Nachfrage nach zentral gelegenem Wohnraum mit guter und schnell erreichbarer wirtschaftlicher, so- zialer und kultureller Infrastruktur führen. Wir müssen daher unsere Infrastruktur ver- stärkt auf die Bedürfnisse älterer Menschen einstellen. So gilt es unter anderem, die Wohnungsbestände der kommunalen Wohnungsunternehmen barrierefrei umzuges- talten und innovative Wohnformen für Seniorenwohngemeinschaften oder generatio- nenübergreifendes Wohnen zu fördern.

Wohnungen müssen den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten alter Menschen gerecht werden. Nur so ermöglichen wir ihnen, möglichst lange selbständig in ihrer eigenen Wohnung zu leben. Netzwerke und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebo- te können solche eigenständigen Lebensformen unterstützen. Wir wollen weiter alter- native Wohnformen für alte Menschen wie innovative Wohn-Pflege-Angebote fördern.

Wir wollen die Beratung für Angehörige von Demenzkranken sichern und neue Betreu- ungsangebote entwickeln. Auch für Heimbewohner sind soziale Teilhabe und Selbstbe- stimmung sicherzustellen. Verschlechterungen des Heimrechts, das nach der Föderal- ismusreform nun Aufgabe der Länder ist, werden wir verhindern. Wir streben an, alle Unterbringungsmöglichkeiten und Wohnformen für ältere Menschen, die auf rein kommerzieller Basis bereits bestehen oder neu eingerichtet werden, und auch die am- bulanten Pflegedienste über die bisherige Heimaufsicht hinaus der kommunalen Auf- sicht und Kontrolle zu unterstellen.

Junge, lebendige Städte

In Bremen und Bremerhaven existieren vielfältige Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene. Eine lebendige Jugendkultur braucht jedoch Räume jenseits vom Konsum. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht entscheiden, ob Aktivitäten mit Gleichaltrigen möglich sind. Ein Land, das auf seine Jugend baut, sorgt für gute Ausbildungsmöglich- keiten, Perspektiven im Arbeitsmarkt, kostenfreie Bildung, offene Jugendangebote und bezahlbare Mobilität. Diesen Ansprüchen fühlen wir uns verpflichtet.

Das Stadtbild Bremens und Bremerhavens ist auch geprägt von Studentinnen und Stu- denten. Wir wollen, dass sie kommen, um zu bleiben. Denn hier entsteht der Raum für Innovation und Kreativität.

Lebenspartnerschaften – selbstbestimmte, gleichberechtigte Vielfalt

Die SPD setzt sich für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von gleichgeschlechtlich lebenden Personen ein. Durch die Weiterentwicklung des Lebenspartnerschaftsgesetzes des Bundes, durch das Gleichbehandlungsgesetz und die erforderlichen Anpassungen des Landesrechts hat es in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen bei der Gleichstellung von gleichgeschlechtlich lebenden Menschen gegeben. Die gesetzgeberischen Möglichkeiten sind jedoch noch nicht ausgeschöpft, um eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu garantieren. Wir sehen Handlungsbedarf bei der Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes z. B. im Beamtenrecht sowie im Hinterbliebenen- und Steuerrecht. Im Bereich von Bildung und Erziehung setzen wir uns für die Vermittlung und Toleranz der Vielfalt von Lebensweisen ein.

Menschen mit Behinderungen

Alle Menschen – mit und ohne Behinderungen – sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir treten jeder Form von Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen und setzen uns für ein gemeinsames Leben in unseren Städten ein.

Wir wollen Menschen mit Behinderung unabhängig von ihrem Alter und ihrer sozialen Herkunft eine umfassende Teilhabe an der Gesellschaft sowie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Nach ihren Möglichkeiten sollen Menschen mit Behinderungen ausgebildet und qualifiziert werden und am Arbeitsleben teilhaben können sowie im Alter sinnvolle Hilfen zur Tagesstruktur erhalten.

Der weitere Ausbau von Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und behindertengerechten Wohnungen ist für ein gelingendes Miteinander ebenso von besonderer Bedeutung wie die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Einrichtungen der Tagesbetreuung.

Gleichstellung der Geschlechter

Gleichstellungspolitik ist Zukunftspolitik. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wichtiger gesellschaftlicher Auftrag und längst noch nicht in allen Bereichen gesellschaftliche Realität. Wir verstehen Gleichstellungspolitik als echte Querschnittsaufgabe. Wir wollen die Berufs- und Karrierechancen verbessern und Frauen gleichberechtigte Zugänge zu Führungspositionen in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung ermöglichen. Wir haben die Bedingungen für Frauen, ein eigenes Unternehmen zu gründen, verbessert und werden auf diesem Weg konsequent fortgehen.

Wir werden dafür sorgen, dass – auch und gerade in Zeiten, in denen unsere öffentlichen Ausgaben genau überdacht werden müssen – die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau mit ihren Standorten in Bremen und Bremerhaven erhalten bleibt. Viele Fortschritte auf dem Weg Bremens zur Geschlechtergerechtigkeit sind durch die Zentralstelle initiiert und befördert worden, mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit engagierten Bremerinnen und Bremern aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. Dieses Anregen, Unterstützen, Durchsetzen und das Schmieden von gesamtbremischen Bündnissen ist in den Händen der Zentralstelle und der Landesbeauftragten für Frauen gut und richtig aufgehoben. Bremen soll auch weiterhin von dieser Arbeit profitieren. Die vielfältigen Projekte für Frauen und Mädchen im Land Bremen leisten einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen. Wir werden diese Projekte auch weiterhin fördern.

V. Stabile, aktive Stadtgesellschaften weiterentwickeln

Soziale Stadtentwicklung

Bremen und Bremerhaven brauchen eine flexible, nachhaltige und zukunfts-orientierte Stadtentwicklungs- und Infrastrukturplanung. Arbeitsschwerpunkte werden auch weiterhin sein:

- Herstellung von sozialer Ausgewogenheit und Chancengleichheit in und zwischen den Stadtteilen,
- Projekte zur Stärkung der Identifikation mit dem Quartier, Angebote zur Integration von Zuwanderern, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen sowie Unterstützung von sozialen Netzwerken,
- Zusammenführung aller Programme zur Aufwertung von Stadtteilen auf der Grundlage von stadtteilbezogenen integrierten Handlungskonzepten ab dem Haushaltsjahr 2008 mit dem Ziel, eine größere Effizienz des Mitteleinsatzes, eine bessere Projektkooperation und das Ausschöpfen von Synergien zu erreichen.

Die demographische Entwicklung stellt die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik in den nächsten Jahren vor neue Herausforderungen. Alten-, familienfreundliche und kindgerechte Wohnungen mit einem lebenswerten Umfeld sind qualitative Anforderungen, die einhergehen mit notwendigen Rückbaumaßnahmen in einzelnen Stadtteilen. Nur so wird es gelingen, die lebendigen Stadt- und Stadtteilzentren sowie die Quartiere zu erhalten. Die Wohnungsunternehmen bleiben Partner der Städte bei dem notwendigen Stadtumbauprozess, von ihnen erwarten wir ein koordiniertes und mit den Städten abgestimmtes Vorgehen.

Wir werden das außerordentlich erfolgreiche Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) fortsetzen. Diese Erfolge möchten wir auch an anderen Orten erzielen und setzen uns für eine Überprüfung der WiN-Gebiete mit dem Ziel ein, andere als benachteiligt erkannte Gebiete in gleicher bewährter Weise aufzuwerten und zu stabilisieren. Für Gebiete, für die die WiN-Förderung ausläuft, werden wir nach Möglichkeiten suchen, um die erzielten Erfolge in diesen Gebieten langfristig zu sichern. Die Pläne Bremerhavens, verstärkt in den Stadtteilen aktiv zu werden und dafür möglichst alle vorhandenen Mittel zu bündeln, unterstützen wir ausdrücklich. Das Prinzip des Programms WiN bietet hierfür eine gute Grundlage.

Wir Sozialdemokraten werden uns ferner dafür einsetzen, der wachsenden Bedeutung des kulturellen Aspekts einer sozialen Stadtentwicklung und des interkulturellen Dialoges gerecht zu werden, indem wir eine übergreifende Kooperation mit anderen Akteuren ausbauen bzw. neu anstreben.

Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Demokratie

Wir greifen das wachsende Interesse der Bürgerinnen und Bürger an bürgerschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe auf und unterstützen dieses durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen. Wo Menschen für Menschen im Rahmen einer lebendigen Stadtgesellschaft aktiv werden, wollen wir unsere Hilfe anbieten. Die Förderung des Ehrenamtes ist für uns dabei ein wichtiger Baustein. Wir werden die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement weiter verbessern. Für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit heißt das für uns auch, dass wir die erforderlichen finanziellen Mittel für die engagierte Arbeit der Kinder- und Jugendverbände absichern werden.

Die SPD unterstützt und fördert in Bremen die Arbeit der Beiräte als bürgernahe Entscheidungsgremien der Stadtteile und der Ortsämter als neues Stadtteilmanagement. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entscheidungs- und Beratungsrechte der Beiräte ausgeweitet werden, damit sie den Rechten der Stadtteilvertretungen in anderen, vorbildhaften Großstädten entsprechen.

Die Ortsamtsleiter sollen als Stadtteilmanager mit den Planungs- und Koordinierungskompetenzen ausgestattet werden, mit denen sie in Abstimmung mit den Beiräten und mit Unterstützung der Zentralverwaltungen die in den Stadtteilen bestehenden Netzwerke aus öffentlichen Institutionen, Serviceangeboten und Initiativen besser aufeinander abstimmen können. Organisatorisch und finanziell soll die Arbeit der Beiräte und des Stadtteilmanagements vor Ort effektiver als bisher ausgestaltet werden. Entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe sind die Ortsamtsleiter zukünftig von den Beiräten zu wählen und vom Senat als Beamte auf Zeit zu ernennen. Um möglichst viele Menschen für die Arbeit in den Beiräten zu gewinnen, werden wir uns dafür einsetzen, dass in einem Handbuch regelmäßig über die Rechte und Wirkungsmöglichkeiten der Beiräte informiert wird.

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger am politischen System ausbauen. Die Zugangsvoraussetzungen für Bürgerbegehren und Volksentscheide sollen überprüft werden. Die Arbeit des Parlamentes muss transparenter und lebendiger gestaltet werden, dazu soll eine grundsätzliche Öffentlichkeit auch von Ausschuss- und Deputationssitzungen hergestellt werden. Durch Moderationsverfahren sollen Verwaltungsplanung und Verwaltungsentscheidungen breiter verankert werden. Für die Tätigkeit von Parlament und Verwaltung streben wir einen intensiveren Kontakt und Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern an, um interessengerechte Ergebnisse sicherzustellen.

Im Land Bremen und seinen beiden Städten müssen die gleichen Wahlgrundsätze gelten. Das gilt auch für die Anwendung der in der Landesverfassung verankerten 5-Prozent-Klausel. Dieses wird durch eine Änderung des Bremischen Wahlgesetzes sichergestellt.

Anspruchsvolle Kultur und Vielfalt der Medien

Ein interessanter, urbaner Lebensraum braucht ein attraktives Kulturangebot. Dies ist wichtig für die Menschen, um sich mit ihrer Stadt zu identifizieren. Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Förderung der Künste und die Sicherung einer umfassenden kulturellen Bildung. Hier brauchen wir eine strategische Neuausrichtung, die Verlässlichkeit und Innovationsbereitschaft verbindet. Dies bezieht sich sowohl auf die Grundsicherung von Einrichtungen, Projekten und Initiativen also auch auf neue Programmplattformen für Projektgestaltung und Existenzgründung.

Um unser hochwertiges Kulturangebot, die kulturelle Vielfalt und die vielen Kulturinitiativen vor Ort zu halten und zu pflegen, muss es eine verlässliche Förderung aus einer Hand geben. Eine effiziente Kulturbehörde muss nach transparenten Kriterien arbeiten. Dabei sind regelmäßige Evaluierungen notwendig.

Die gezielte Förderung sowohl von klassischen Einrichtungen wie Museen, Theatern und Orchestern als auch der freien Kulturszene kommt auch der Lebensqualität und Attraktivität der Standorte zugute.

Im Sinne eines lebenslangen Lernens brauchen wir auch weiterhin ein breites Angebot an kultureller Bildung. Die Volkshochschulen als wichtige Bildungsträger müssen auch an ihrem jeweiligen Standort ein breites Programm vorhalten können. Die Schließung von weiteren Bibliotheksstandorten lehnen wir ab.

Wir wollen, dass ein umfassendes Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung auch durch eine breit gefächerte Medienlandschaft gesichert wird, in der sich Printmedien, öffentlich-rechtliche Sender, Privatsender und Bürgermedien sinnvoll ergänzen, Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Vielfalt der Medien, der barrierefreie Empfang von öffentlich-rechtlichen Sendern und den Bürgermedien ohne zusätzliche Kosten auch in Zukunft möglich sein wird.

Die SPD im Lande Bremen unterstützt nachdrücklich die Anstrengungen von Radio Bremen, sich als selbständige öffentlich-rechtliche ARD-Anstalt zu behaupten. Die Zusammenführung von Fernsehen, Rundfunk und Verwaltung im Medienforum zwischen Weser und Faulenquartier sichert die Zukunft des Senders.

Auch der Bürgerrundfunk in den Städten Bremen und Bremerhaven hat seinen festen Platz in unserer Rundfunklandschaft. Durch die Neugestaltung des Bremischen Landesmediengesetzes sind deren Bestand und Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft gesichert. Wir wollen die Landesmedienanstalt als eigenständige Anstalt und Innovationsmotor für moderne private Medien sowie als Medienkompetenz erhalten.

Sport tut gut

Der organisierte Vereinssport mit seinen tausenden ehrenamtlich tätigen Mitgliedern ist ein wichtiger Bestandteil der Bürgergesellschaft in unserem Bundesland. Die SPD setzt sich für die verlässliche Sicherstellung der Grundlagen für den Sport in Bremen und Bremerhaven ein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die wichtigen Impulse des Landessportbundes Bremen mit seiner „Allianz für den Sport“ als Angebot annehmen und die Rahmenbedingungen und Strukturen gemeinsam so weiter entwickeln, dass der Vereinssport auch in der Zukunft seine wichtige Rolle für die Entwicklung der Stadtgesellschaft in Bremen und Bremerhaven wahrnehmen kann.

Die SPD setzt sich, im Rahmen der politischen Umsetzung der Sportentwicklungsplanung auf moderne Vereins- und Verbandsstrukturen und insbesondere auf die Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für alle Bereiche des Sports ein. Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten werden auch in der Zukunft ein entscheidender Eckpfeiler der Sportstruktur im Lande Bremen sein. Kooperationen zwischen Sportvereinen und Kindergärten, Ganztagschulen und Stadtteilprojekten werden wir auch in der Zukunft fördern.

Nachhaltiges Umwelt-Engagement

Unsere Umweltpolitik muss sich den großen Herausforderungen des Klimawandels und des sich verändernden Energiemarktes stellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Küstenregion Bremen und Bremerhaven werden die umweltpolitischen Weichen für die nächsten Jahre bezogen auf die zentralen Zukunftsfragen der Energie- und Verkehrspolitik, der Stadtentwicklung sowie des Natur- und Hochwasserschutzes stellen.

Zentrale Aspekte unserer Umweltpolitik sind ein nachhaltig schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen und eine an unser aller Lebensqualität ausgerichteten Strategie.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass die Güter Umwelt und Gesundheit nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. Sie sind für uns Teil der unveräußerlichen Daseinsvorsorge in unseren Städten.

Im Umweltbereich setzen wir auf eine effizientere Energienutzung und den Ausbau regenerativer Energien. So werden wir Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven neu schaffen und nachhaltig sichern. Dazu kann die öffentliche Hand durch eine umweltgerechte und energiesparende Erhaltung und Sanierung ihrer Gebäude einen wichtigen Beitrag leisten. Projekte wie der Bau des Weserkraftwerks und die Förderung des Ausbaus regenerativer Energien sind nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern wichtige Impulse für technischen Fortschritt und Innovation. In die gleiche Richtung zielen unsere Programme zur Unterstützung des betrieblichen Umweltschutzes.

Bei der energetischen Sanierung unseres privaten und öffentlichen Gebäudebestandes kann unser bremisches Handwerk erheblich profitieren.

In der Stadtentwicklung und Bauleitplanung wollen wir modellhaft Spielräume für höhere energetische Standards entwickeln. Besonders geeignet halten wir hierfür die großen und sehr unterschiedlichen innenstadtnahen Entwicklungsgebiete Überseestadt und Stadtwerder. Durch entsprechende Vergabekriterien und oder Vereinbarungen mit Investoren und Baugesellschaften wollen wir für diese höherwertigen und attraktiven Standorte energetisch besonders effiziente und innovative Architekturformen ermöglichen, die Vorbildcharakter haben.

Um die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen und die Belastung durch Lärm und Feinstaub zu reduzieren, werden wir Konzepte für einen umweltfreundlichen und energieeffizienten Stadtraum erarbeiten. Die Maßnahmen zur Reinhaltung unserer Gewässer waren überaus erfolgreich, dies nicht nur zum Nutzen von Flora und Fauna, sondern auch für unsere Bürgerinnen und Bürger, die die neu und wieder geschaffenen Freizeit- und Erholungsangebote in den Naturräumen unserer Naherholungsflächen nutzen können. Die Kleingärtner-Initiativen im Land Bremen leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Landschaftsschutz in beiden Städten. Wir werden ihre Arbeit auch weiterhin nachhaltig unterstützen.

Durch den Klimawandel sind wir zusammen mit dem Land Niedersachsen gefordert, die Sicherheit unserer Deiche durch einen gezielten Hochwasserschutz zu gewährleisten.

Wir streben einen pfleglichen Umgang mit der Natur an. In diesem Sinne wollen wir Pflanzen und Tiere besser schützen. Artgerechte Haltung gehört für uns zu einem respektvollen Umgang mit Tieren. Tierquälerei muss entschieden bekämpft werden. Tierversuche gilt es zu vermeiden, wo immer dies möglich ist. Wir werden uns aktiv für Tier- und Naturschutzinteressen einsetzen.

Den Wandel in der Gesundheitspolitik gestalten

Wir wollen Bremen und Bremerhaven als überregional bedeutsame gesundheitliche Versorgungsstandorte profilieren. Dem entsprechend werden wir uns weiterhin mit ganzer Kraft für den Erhalt der kommunalen Kliniken in Bremen und Bremerhaven einsetzen und die Umsetzung sinnvoller Umstrukturierungen weiter unterstützen und auch die Interessen von Frauen bei der Landeskrankenhausplanung berücksichtigen. Dazu zählen wir unter anderem die Verzahnung stationärer und ambulanter Angebote durch regionale und fachliche Kooperationen. Für die steigende Zahl chronisch kranker Menschen ist dringend eine engere Vernetzung von Akutmedizin und Rehabilitation notwendig. Die Schmerztherapie und die Palliativmedizin sind offensiv zu fördern, die Arbeit der Hospize ist auszubauen. Im Krankenhausbereich sind aktiv Kooperationen zu initiieren, regionale Ausgewogenheit und Versorgungssicherheit zu garantieren und qualitätsverbessernde Maßnahmen anzuregen. Dabei ist der Umbau des gesundheitlichen Versorgungsangebots sozialverträglich zu gestalten. Wir werden weiterhin die notwendigen Investitionen im Krankenhausbereich unterstützen.

Die Universität mit ihrem Schwerpunkt Public Health ist weiterhin zu fördern, die Zusammenarbeit der dortigen Akteure mit Nutzern vor Ort ist zu unterstützen. Zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts am Lebensende setzen wir uns für eine gesetzliche Absicherung der Patientenverfügungen ein.

Krankheit vermeiden – Gesundheit fördern

Gesunde Ernährung sowie Freude an Sport und Bewegung müssen im Mittelpunkt der Gesundheitserziehung in Schule und Kindertagesstätte stehen. Die Stärkung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes zählt zusammen mit dem Ausbau des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch eine effektive Lebensmittelüberwachung und Verbraucherinformation zur Prävention. Dazu gehört ebenso ein effektiver und umfassender Nichtraucherschutz in öffentlichen Räumen und Gaststätten.

Wir setzen uns für eine verstärkte Gesundheitserziehung mit den Stichworten Ernährung und Bewegung in unseren Schulen und Kindergärten ein. Durch ein dezentrales Netz aus Jugendhilfe, Kinderärzten, Lehrern und Erziehern wollen wir Kinder vor Verwahrlosung schützen. Wir werden auf der Basis unserer guten Erfahrungen mit geschlechtsspezifischen Angeboten der Gesundheitsvorsorge und -versorgung die bestehenden Strukturen erhalten und weiterentwickeln. Die Prävention von Aids werden wir weiter unterstützen. Das bundesweit gelobte „Bremer Modell“ zur gesundheitlichen Versorgung und Betreuung von Migrantinnen und Migranten wird weiterhin als Stützpfeiler der interkulturellen Öffnung des Gesundheitswesens gefördert.

Sicherheit und Prävention

Innere Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens. Innere Sicherheit ist vor allem eine hoheitliche Aufgabe, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen muss und nicht nur denjenigen, die sie sich kaufen können.

Der Prävention ist ein hoher Stellenwert einzuräumen. Kriminalitätsbekämpfung hat sich in erste Linie an den Ursachen von Kriminalität zu orientieren, um Kriminalität zu verhindern bzw. vorzubeugen. Dazu gehört eine erfolgreiche Arbeitsmarkt-, Bildungs- sowie Jugend-, Sozial- und Familienpolitik sowie gezielte Betreuungsarbeit insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen. Deshalb muss Prävention ressortübergreifend in allen Planungen und Beratungen berücksichtigt sowie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankert werden.

Polizei und Justiz sind personell und materiell in die Lage zu versetzen, ihren Auftrag sachgerecht zu erfüllen. Bei Neueinstellungen, die kontinuierlich und bedarfsgerecht erfolgen müssen, ist darauf zu achten, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund Berücksichtigung finden, um angemessen auf Problemlagen aus diesem Bevölkerungsteil reagieren zu können. Für Frauen bei der Polizei ist durch personalwirtschaftliche Maßnahmen sicherzustellen, dass Familie und Beruf vereinbar sind.

In der kommenden Legislaturperiode wird die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn abgeschlossen sein. Dies ist in der Bundesrepublik einmalig. Konsequenterweise, aber mit Blick auch für Fehlentwicklungen und Schwächen, wird die Polizeistrukturreform fortgesetzt. Besonderen Wert legen wir auf die bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsreform der Polizei. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung wird durch weitere sicherheitsrelevante Studien- und Fortbildungsangebote als Kompetenzzentrum ausgebaut.

Die Polizei muss für die Bekämpfung der Alltagskriminalität ebenso gerüstet sein wie für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einschließlich der Wirtschaftskriminalität sowie des Terrorismus. Gegen Gewaltdelikte, insbesondere im häuslichen Bereich, gegen Kinder und Frauen, ist konsequent vorzugehen. Örtliche Präsenz und Bürgernähe der Polizei sind zu gewährleisten.

Die Neuordnung des Meldewesens zu BürgerServiceCentern mit erweiterten Angeboten und Öffnungszeiten ist als Grundlage bürgernahen Verwaltungshandelns zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zum zukunftsorientierten Verwaltungshandeln gehört auch die Fortentwicklung der Angebote für Bürgerdienste im Internet (E-Government). Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. der Kfz-Zulassung oder des Grundbuchamtes lehnen wir ab, sehen uns allerdings in der Pflicht, unhaltbare Zustände, wie sie in der Ausländerbehörde und Kfz-Zulassungsstelle wiederholt festzustellen waren, durch qualitätssteigernde Maßnahmen zu verhindern.

Die Berufs- und freiwilligen Feuerwehren und die Rettungsdienste im Lande Bremen benötigen auch vor dem Hintergrund bundes- und europapolitischer Entwicklungen Planungssicherheit. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe an, Berufs- und freiwillige Feuerwehren sowie die Rettungsdienste angemessen auszustatten, um den Menschen einen möglichst hohen Schutzstandard zu bieten.

Eine leistungsfähige Justiz gehört zu den Eckpfeilern der Demokratie. Sie muss in der Lage sein, zeitnah wirkungsvollen Rechtsschutz für jedermann zu gewährleisten. Wir werden die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Bremen personell und sachlich so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig erfüllen können. Im Bereich des Verwaltungsrechtes werden wir das besonders bürgerfreundliche Widerspruchsverfahren erhalten. Wir wollen den Zugang zu den Gerichten auch für wirtschaftlich Schwächere offen halten. Auch sie müssen sich Rechtsschutz durch staatliche Gerichte leisten können. Bestrebungen zum weitgehenden Abbau der prozesskostenhilfe werden wir deshalb entgegentreten.

Für den Justizvollzug werden wir die im Zuge der Föderalismusreform notwendig gewordenen landesrechtlichen Grundlagen mit einer Ausrichtung am Ziel der Resozialisierung schaffen. Zudem werden wir die Sanierung der Justizvollzugsanstalten Bremen und Bremerhaven weiter voran bringen. Besonderes Augenmerk werden wir zudem auf die Verbesserung der Rechte von Opfern von Straftaten richten. Zum Schutz vor Stalking unterstützen wir die soeben beschlossene Gesetzesänderung.

Wir treten für ein energisches Vorgehen gegen Zwangsprostitution ein. Die EU-Richtlinie über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatenangehörige muss auch zugunsten der Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel konsequent angewandt werden. Die Beratungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel wird weiterhin finanziell abgesichert.

Die öffentliche Rechtsberatung durch die Arbeitnehmerkammer hat sich bewährt. Wir werden gewährleisten, dass dieses gerade auch für Bürger und Bürgerinnen mit geringem Einkommen bestehende Angebot auch nach den im Bundesrecht anstehenden Änderungen zur Regelung der Rechtsdienstleistungen fortgeführt werden kann.

Fürsorge und Gerechtigkeit ist auch für Flüchtlinge in Deutschland von hoher Bedeutung. Das aktive Eintreten gegen Rassismus ist für uns ein Teil von Gerechtigkeit und Fürsorge und ein wichtiger Baustein gesellschaftlicher Integration.

Integration und Zusammenleben

Die Weltoffenheit Bremens und Bremerhavens nach außen muss ihre Entsprechung in dem Willen zur Integration von Migrantinnen und Migranten finden, die im Land Bremen eine neue Heimat gefunden haben. Die Rahmenbedingungen für ihre Integration werden durch eine solidarische Politik geschaffen, die allen Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem kulturellen Hintergrund, ihrer Herkunft oder Religion zugute kommt. Eine solche Integrationspolitik ist für uns zentraler Bestandteil einer sozialen Stadtpolitik. Zugleich bauen wir auch auf die Beiträge zu Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sozialleben, die von Migrantinnen und Migranten in Bremen und Bremerhaven geleistet werden.

Integration ist keine Einbahnstraße. Eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Wir werden die Angebote zur Verbesserung des Spracherwerbs in Kindergärten, Schulen und in der Erwachsenenbildung ausweiten. Gleichzeitig setzen wir uns gezielt für mehr berufliche Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund ein. Wir wollen unser Integrationskonzept weiter fortschreiben.

Integrationspolitik heißt für uns auch: In Bremen und Bremerhaven haben Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz. Im Bereich des Zuwanderungsrechtes sind Regelungen notwendig, die Einbürgerungen in angemessenem Maße ermöglichen. Die Ausländerbehörden müssen die hohen Anforderungen ihrer schwierigen Arbeit rechtlich einwandfrei und menschlich vertretbar erfüllen.

VI. Bremen und Bremerhaven – vorwärts, nicht zurück

Sozialdemokratische Arbeit für das Land - Politik ist unser Werkzeug

Die SPD im Lande Bremen ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sich Bremen und Bremerhaven als lebens- und liebenswerte Städte weiter entwickeln, dass die Menschen gern in unserem Stadtstaat leben und hier eine Zukunft haben, unabhängig von Herkunft, sozialem Stand, Geschlecht und Alter. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken und Spaltungen überwinden. Die Politik ist dafür ein Mittel, das sich an diesem Zweck ausrichtet und messen lassen muss. Wir wollen die Diskussion über diese Zukunftsfragen mit der Gesellschaft und

für die Gesellschaft führen und im offenen Dialog mit den Menschen neues Vertrauen in die Politik aufbauen.

Der Kampf gegen Rechts bleibt eine zentrale Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft, dem wir uns zuvorderst verpflichtet fühlen. Wir werden im breiten Bündnis mit allen demokratischen gesellschaftlichen Kräften engagiert aufstehen gegen rechte Aktivitäten in Bremen und im Umland. Wir stehen für eine weltoffene, tolerante und solidarische Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus werden wir nirgendwo akzeptieren.

Darum wollen wir auch, dass der Senat in der kommenden Legislaturperiode seine Berichterstattung zum Thema „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ wieder aufnimmt. Das Ziel ist es, aufmerksam und wachsam zu bleiben und die verschiedenen Maßnahmen gegen Rechts sinnvoll zu bündeln und zu unterstützen. Einen entsprechenden Antrag werden wir gleich zu Beginn der Legislaturperiode in die Bürgerschaft einbringen.

Verantwortung für den Zwei-Städte-Staat

Wir Sozialdemokraten tragen seit über 60 Jahren an führender Stelle die Verantwortung für Bremen und Bremerhaven. Die soziale Gerechtigkeit ist für uns dabei kein Relikt vergangener Tage, sondern ein Kernprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Was die Menschen erwirtschaften, daran müssen auch alle Menschen einen gerechten Anteil haben können. Das gilt für die Facharbeiterschaft genauso wie für das Handwerk oder die Angestellten in den neuen Dienstleistungsberufen. Die soziale Marktwirtschaft ist für alle Menschen da; sie muss auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Familien mit Kindern ein gutes Auskommen ermöglichen. Sie muss der ganzen Gesellschaft dienen – gerade auch denen, die zurzeit noch ohne Arbeit sind.

Wir haben auch die Pflicht, die Reformfähigkeit unseres eigenen Landes unter Beweis zu stellen. Mutige Reformen und die Erhaltung des Sozialstaats sind zwei Seiten einer Medaille. Ein in die Menschen investierender Bildungs- und Sozialstaat ist Motor einer an Leistung, Teilhabe und Fortschritt orientierten Gesellschaft. Es geht in diesem Sinne darum, dass unser Staat viel mehr als bislang tut, um die Menschen durch bessere Bildung, intensivere Förderung, aber auch durch klare Regeln und Anforderungen zu aktivieren. Sozialer Zusammenhalt und Integration sind möglich, wenn wir nur wollen! Soziale Verantwortung in einer starken Bürgergesellschaft ist eine dauerhafte Kraft der Erneuerung.

Voller Einsatz für Bremen und Bremerhaven: Bürgermeister Jens Böhrnsen

Der Präsident des Senats, unser Bürgermeister Jens Böhrnsen, hat Bewegung in die Bremer Politik gebracht. Er hat notwendige Haushaltskorrekturen durchgesetzt, neue sozial-, bildungspolitische und ökonomische Impulse formuliert, neue Freunde für Bremen und Bremerhaven in Deutschland gewonnen und die Klage Bremens vor dem Bundesverfassungsgericht auf den Weg gebracht. Jetzt geht es darum, die Chancen zu nutzen, die Bremen und Bremerhaven bieten. Die wichtigsten Ziele sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Das ist seine Prioritätensetzung. Jens Böhrnsen steht dafür, dass sich auf allen Gebieten die politische Arbeit im Lande Bremen an diesen Zielen messen lassen muss.